

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Heinrich Vogel †

Putin, der Putinismus und Europa

Vortrag beim Internationalen Club La Redoute, Bonn e.V.,
Bonn, Dienstag, 16. September 2014

Januar 2015
Berlin

Vorwort

Professor Heinrich Vogel hat den hier veröffentlichten Vortrag zu den aktuellen Entwicklungen in Russland am 16. September 2014 in der Redoute in Bad Godesberg gehalten. Es war sein letzter von sehr vielen wissenschaftlichen und publizistischen Vorträgen, in denen er sich mit der Sowjetunion, mit Russland, mit der deutschen und europäischen Ostpolitik, mit dem Verhältnis Russlands zu seiner internationalen Umgebung auseinandergesetzt hat. Einen Tag nach seinem Vortrag erlitt Heinrich Vogel einen schweren Herzanfall; am 22. Oktober 2014 starb er im 77. Lebensjahr.

Heinrich Vogel begann seinen Berufsweg im Münchner Osteuropa-Institut und wurde 1977 Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln. Er führte das Institut bis zur Vereinigung des BIOst mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) im Jahre 2000. Von 1999 bis 2006 gehörte er dem Vorstand der SWP an.

Wir veröffentlichen den letzten Vortrag von Heinrich Vogel nicht nur, um an einen der führenden deutschen und europäischen Osteuropa- und Russland-Kenner und einen Freund der SWP zu erinnern, der dem Institut immer mit Rat und Unterstützung zur Seite stand, sondern auch wegen der Aktualität des Themas, mit dem er sich hier auseinandersetzt.

Heinrich Vogel wird uns nicht nur wegen seines wissenschaftlichen Wirkens, sondern auch als Freund in Erinnerung bleiben.

Berlin, im Januar 2015
Prof. Dr. Volker Perthes

Putin, der Putinismus und Europa

Vortrag von Prof. Dr. Heinrich Vogel in Bonn, La Redoute,
Dienstag, 16. September 2014

Über Wladimir Wladimirowitsch Putin ist eigentlich schon alles gesagt und geschrieben, nur noch nicht von allen!

Um es vorweg zu sagen: Ich bin im Ergebnis meiner beruflichen Erfahrung kein Anhänger der Theorie von »Männern, die Geschichte machen«. Traditionen und politische Konstellationen sind mindestens ebenso wichtig. Worauf es allerdings ankommt, ist die Fähigkeit individueller Akteure, eine Situation als Gelegenheit zu politischer Veränderung im Zufallsgenerator der Geschichte zu erkennen und zu handeln, um die Macht zu gewinnen. So hat Wladimir Putin in den 1990er Jahren seine Chance zum Aufstieg mit Geschick ergriffen und mit großer Zähigkeit genutzt.

Die Macht zu erhalten, sie zu managen und so nachhaltige Entwicklungen zu ermöglichen, ist freilich etwas anderes. Insbesondere für Fehleinschätzungen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, nicht zuletzt auch die Entwicklung der eigenen Ressourcen, gilt das Gesetz der »Pfadabhängigkeit«: Hat der Zug der Geschichte erst einmal eine Weiche in eine Richtung überfahren, die sich als gefährlich oder sogar falsch erweist, gibt es kein Zurück, sondern bestenfalls Hoffnung auf die nächste Weiche..., wann immer sie kommt und wohin sie auch führt.

Aber lassen wir die Philosophie!

Wladimir Putin ist heute Synonym für den Kreml und für den Kurs der russischen Politik. Viele sind bereit, anzuerkennen, dass er der einzige plausible Kandidat für die Stabilisierung eines vom Zerfall bedrohten Imperiums war. Andere neigen eher zur Dämonisierung. Beide Betrachtungsweisen sind unhaltbar. Entscheidend für die Wahrnehmung ist der politische Standort des Betrachters.

Was wissen wir über diesen Mann?

Man kennt seine Herkunft aus einer Arbeiterfamilie mit bolschewistischer Tradition (»Roter Adel«). Psychogramme stützen sich auf Berichte über seine Kindheit und Jugend im Leningrader Hinterhof. Putin war der Kleinste, der gelernt hat, sich zu wehren und zuerst zuzuschlagen, der sich den schwarzen Gürtel im Judo erkämpft und die dahinter stehende Philosophie verstehen gelernt hat.

Es gibt ausführliche Expertisen zu seiner Körpersprache, und es gibt Auftrags-Biografien wie das schwer genießbare Buch von Alexander Rahr. Daraus wissen wir, dass er schon als Jugendlicher von einer Karriere im KGB träumte. Jurastudium und eine zweifelhafte Dissertation (freilich in der Machart eines von Guttenberg) waren lediglich Vorübungen für reale

Aufgaben in der Organisation, die sich als »Schild und Schwert der Partei« verstand.

Putins Idol war Juri Andropow, der wohl »aufgeklärteste« und intelligenteste Vorsitzende des KGB, später Generalsekretär der KPdSU und bis 1984 Staatsoberhaupt der UdSSR. Die Erfahrung der Jahre in Dresden birgt Erinnerungen sowohl an das Vollgefühl der Macht als Resident wie auch 1989 an die Machtlosigkeit im Zusammenbruch der DDR.

Sein früherer Jura-Professor, Anatoli Sobtschak, mittlerweile Vorsitzender des Stadtparlaments, später Bürgermeister von Leningrad, holt Putin in seinen Stab, wo er 1991 Leiter des Komitees für Außenbeziehungen wird. Er macht Erfahrungen im Bereich Wirtschaft, begegnet westlichen Beratern zu Fragen der sowjetischen Reformen und wird Mitarbeiter Sobtschaks in Außenwirtschaftsangelegenheiten.

Es folgen Positionen in der Stadtverwaltung von nunmehr Sankt Petersburg, bereits 1994 wird er erster Vizebürgermeister.

1996 geht Putin nach Moskau, wo er bereits 1998 Chef der Präsidialverwaltung wird. Im gleichen Jahr wird er Chef des Inlandsgeheimdienstes, im August 1999 Ministerpräsident und im Dezember 1999 Präsident der Russischen Föderation.

Diesen rasanten Aufstieg zur Macht hätte er kaum geschafft ohne ein hohes Maß an Intelligenz, an ausgeprägtem Machtinstinkt und vor allem an guten Verbindungen. Seine Qualifikation für diese beispiellose Karriere ergibt sich zudem aus seiner bedingungslosen Loyalität gegenüber seinen Vorgesetzten Sobtschak und Präsident Jelzin. Hinzu kommt eine Grundstimmung in den letzten Jahren der Sowjetunion, die die siechen alten Männer satt hatte und nach jungen tatkräftigen Politikern Ausschau hielt. Putin war exakt der Antitypus zu diesen alten Männern, und dabei kein unberechenbarer »Reformer«, sondern ein Produkt der Diskretion und strengen Disziplin in der Tradition des KGB.

Nichts in dieser Karriere ging freilich mit rechten Dingen zu: So beschäftigt eine dramatische Episode aus dem Jahr 1999 noch heute die Verschwörungstheoretiker. Zwischen dem 4. und 16. September, im Vorfeld der Wahlen für die Nachfolge Jelzins, ereigneten sich höchst merkwürdige und bis heute nicht geklärte Bombenanschläge auf Wohnblocks in Moskau, Buinaksk und Wolgodonsk – mit 293 Toten und 651 Verletzten.

Der Schock dieser Terrorakte war vergleichbar mit 9/11 in den USA. Putin versprach als Ministerpräsident mit drastischen Worten die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Vergeltung an »den Tschetschenen«. Untersuchungen der örtlichen Behörden, die von dem sehr schnell verkündeten Verdacht abwichen, wurden mit absurden Behauptungen blockiert. Ich erinnere mich gut an eine TV-Sendung im Ersten Programm des russischen Fernsehens, bei der Überlebende nach ihren Beobachtungen gefragt wurden – sie konnten damals noch frei sprechen. Das zusammenfassende Ergebnis war eine konsequente Vertuschung durch die Behörden. So wurden FSB-Mitarbeiter mit Sprengstoffsäcken verhaftet, später aber ließen die Ermittler verlauten, es habe sich um eine »Anti-Terror-Übung mit Zuckersäcken« gehandelt.

Wie auch immer die Verschwörungstheorien bis heute lauten: Diese Anschläge waren perfekt »ge-timed« für die Wahl Putins zum Nachfolger Jelzins und für den Einzug der neuen Staatspartei »Geeintes Russland« in die Duma. Zugleich förderten die Ereignisse die öffentliche Zustimmung für den zweiten Tschetschenienkrieg.

Auffällig bleibt in diesem Zusammenhang, dass sich Putins damaliger Wahlkampf-Mentor Boris Beresowski ins Exil nach London zurückzog. Von Litwinenko, einem seiner Mitarbeiter, hieß es, »er wusste zu viel«. Jedenfalls er war verwegen genug, ein Buch über die genannten Terrorakte zu schreiben. Litwinenko musste dafür büßen, es fand sich eine tödliche Dosis Polonium.

Was zählte, war das Ergebnis.

So viel zum Politiker Putin und seinem unaufhaltsamen Aufstieg.
Was aber hat es mit dem »Putinismus« auf sich?

In der aktuellen politischen Debatte des Westens ist Putinismus ein Verlegenheitsbegriff, wenn es um die Charakterisierung des aktuellen politischen Systems in Russland geht. Im Kern beruht dieses System auf der Akzeptanz der Führung durch die Mehrheit der Bevölkerung. Diese Akzeptanz muss immer wieder bestätigt werden, um den Anschein einer unkomplizierten plebiszitären Demokratie zu erwecken. In der Ausnahmesituation der 1990er Jahre rechtfertigte der Zweck der Stabilisierung jedenfalls den nonchalanten Umgang mit der Verfassung und deren wenig belastbaren Institutionen.

Politologen sagen, Russlands präsidentiale Demokratie habe sich unter Putin zu einer elektoralen Autokratie stabilisiert. Die zugegeben etwas zynische Definition dieses Begriffs lautet:

»Elektoraler Autoritarismus ist ein System, in dem Oppositionsparteien die Wahlen verlieren«

Auch wenn es heute peinlich ist: Auch im Westen wurde Putins Wahl zum Präsidenten zunächst mit Erleichterung begrüßt. Schließlich galt das Dogma, dass eine möglichst rasche Privatisierung (genannt »Schocktherapie«) auch unter wenig belastbaren rechtlichen Rahmenbedingungen mit zwingender Logik zur Entstehung demokratischer Strukturen führen würde. Die mit sehr viel Geld und Spin gewonnene Wiederwahl Jelzins und die Wahl seines Nachfolgers Putin wurden durchaus als Indizien für den Anfang des Wegs zu Marktwirtschaft und Demokratie begrüßt. (Der amerikanische Film »Spinning Boris« aus dem Jahr 2003 dokumentiert den Zynismus jener Jahre in erfrischender Deutlichkeit.)

Dies war übrigens auch die Zeit, in der Gerhard Schröder den Männerfreund als »lupenreinen Demokraten« rühmte. Er ging nur ein bisschen zu weit mit diesem Ritterschlag...

Aber was ist unter Putin in den ersten zwei Amtsperioden tatsächlich entstanden?

Bis heute ist die »Stabilisierung« des Landes eine nützliche Legende für eine im Rückblick höchst unbefriedigende Entwicklung. Russland ist heute ein typischer Petrostaat, abhängig von der Entwicklung der Weltmarktpreise für Energieträger, mit einer kaum wettbewerbsfähigen Industrie, einer nach wie vor veralteten Infrastruktur, dafür aber mit üppigen Renten für eine dünne Schicht von Spekulanten und Insidern. Neben Öl und Gas sind Waffen auch heute noch die einzige nennenswerte Warengruppe in der Exportpalette der russischen Industrie. Der frühere sowjetische Ministerpräsident Tschernomyrdin prägte eine zum russischen Sprichwort gewordene Formulierung: »Wir meinten es gut...«¹

Der Kreml ist, wie in der gesamten russischen Geschichte, eine rätselhafte Zitadelle im Sinne Franz Kafkas geblieben. Der in der Verfassung von 1993 konstituierte Staat ist wenig mehr als die bürokratische Fassade für einen »tiefen Staat«, für jenen Bereich also, in dem die eigentlichen Entscheidungen fallen.

Was zählt, sind die zu Sowjetzeiten innerhalb und unter Beteiligung des KGB entstandenen personellen Netzwerke. Hier ist Loyalität wichtiger als Legalität im Sinne der Verfassung, Zustimmung des Wahlvolks wird zur Simulation von Zustimmung. Wie lautete noch die Definition von elektoralem Autoritarismus? »Ein System, in dem Oppositionsparteien die Wahlen verlieren«. Die Macht ist mittlerweile zum Selbstzweck geworden.

Die wirtschaftliche (und manchmal auch die politische) Karriere der heute in den globalen Finanzkreisen hochgeachteten »Oligarchen« (einer verbalen Auszeichnung für Krisen- und Transformationsgewinnler) begann mit einer Mitarbeit, zumindest aber mit dem Kontakt zum KGB. Für die Bildung einer Gegenmacht zum inneren Kreis haben sie dennoch keine Chance, denn in den Wirren der Jelzin-Jahre haben sich viele vertrauliche (das heißt auch kompromittierende) Dossiers über die neuen Eliten aus dienstlichen Archiven verselbständigt. Die Androhung der Veröffentlichung dieses »Kompromats« dient bis heute als Waffe im Kampf aller gegen alle um Einfluss, Karriere und Vermögen.

Nur das Netzwerk des tiefen Staates bleibt unangreifbar. Wer hier nicht-konforme politische Ansichten oder gar Ambitionen hegt, riskiert bestenfalls sein Vermögen. Und wer verliert schon gerne den Platz auf der Forbes-Liste? Chodorkowski landete sogar im Lager.

Trotzdem bleibt ein Unsicherheitsfaktor: Das Volk!

Es liegt in der Natur elektoraler Autokratie, dass russische Politiker vor allem auf Umfragen starren, denn nicht alle Medien sind davon abzuhalten, auch kleinste Veränderungen breitzutreten. Schauen wir einmal auf

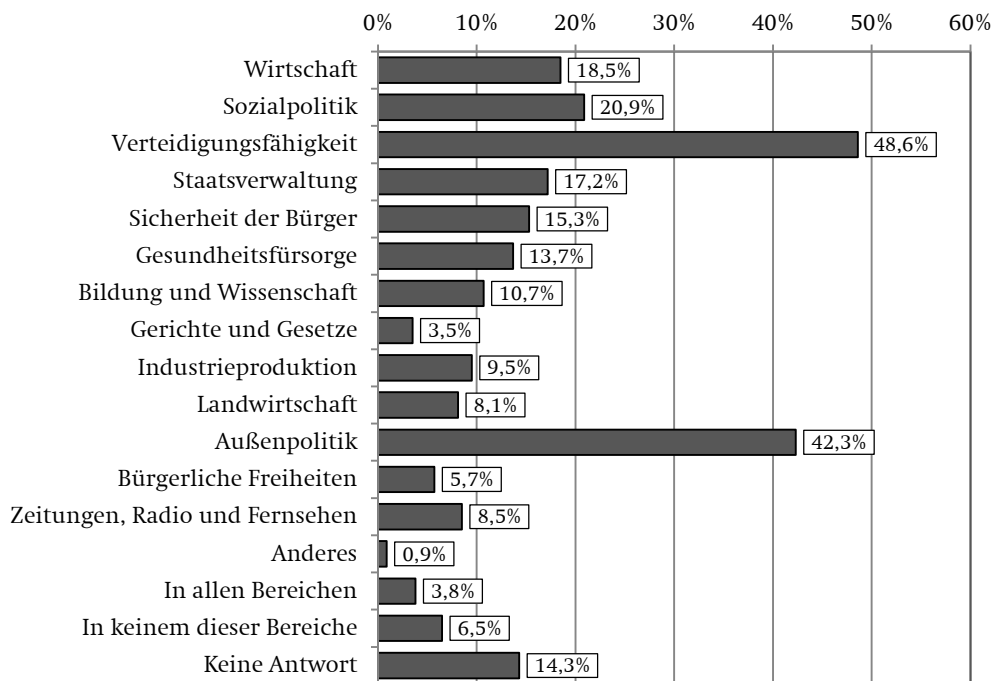
¹ Genauer: »Gewollt war das Beste, aber es kam wie immer« (»My choteli kak lutsche, a polutschilos kak wsegda«).

das Profil der Anerkennung, die Putin seit 2000 findet. Im Vordergrund steht hier sein Image als Außen- und Sicherheitspolitiker.

Grafik 1

Juni 2014: Positive Veränderungen seit 2000

Wladimir Putin wurde 2000 erstmals zum Präsidenten gewählt. In welchen Lebensbereichen sind aufgrund der Arbeit Wladimir Putins positive Veränderungen eingetreten? (Beliebige Zahl an Antworten)



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 14. bis 15. Juni 2014, N = 1500.

Veröffentlicht am 25. Juni 2014 unter: <<http://fom.ru/Politika/11568>>.

Entnommen aus: *Der Zustand des Systems Putin 3.0*, Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 18.7.2014 (Russland-Analysen Nr. 281), S. 13 (Grafik 6), <www.laenderanalysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen281.pdf>. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

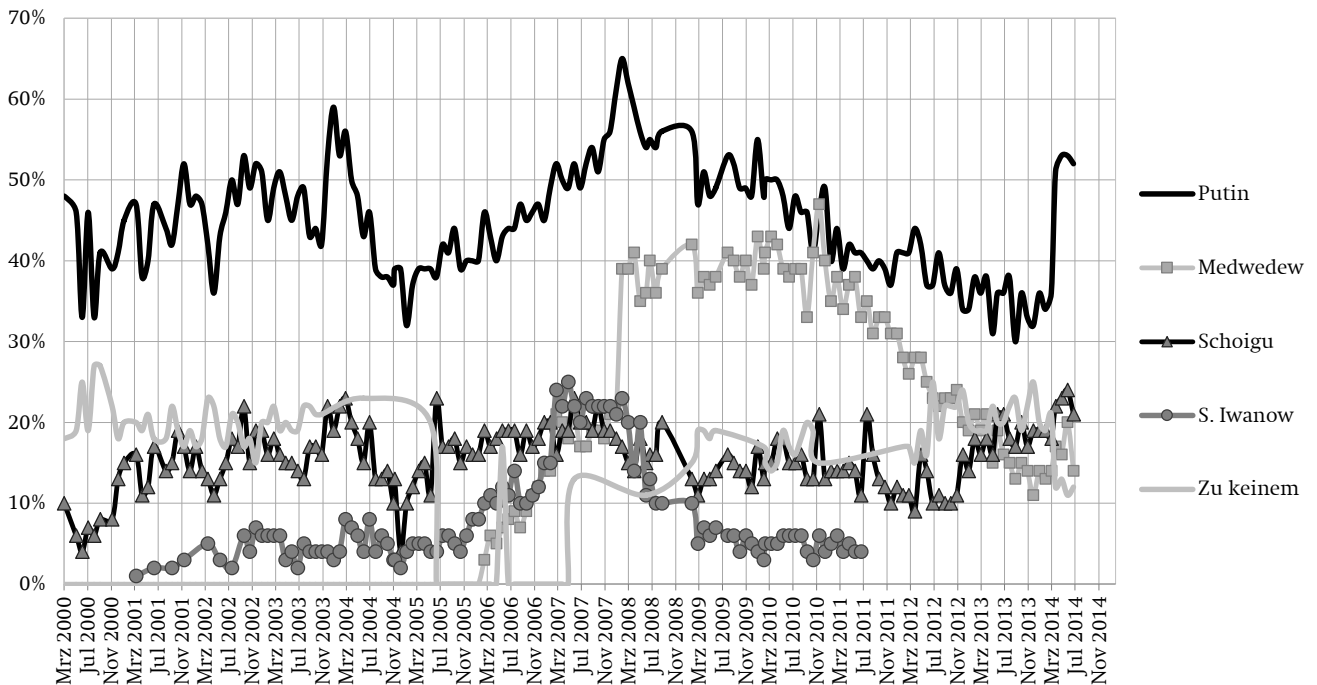
In anderen Politikbereichen sieht es auch heute immer noch anders aus. Sogar die Sicherheit der Bürger ist ein ungelöstes Problem. Wie also die grundsätzliche Zustimmung oder gar Vertrauen managen?

Wenn trotz aller Bemühungen um die Gunst der Wähler die Umfragergebnisse einmal allzu deutlich in den Keller gehen, dann sind »kleine siegreiche Kriege« hilfreich, um den Konsens mit dem Volk zu demonstrieren. Grafik 2 liefert ein Beispiel:

Grafik 2

Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen?

(Popularitätswerte März 2000 bis Juni 2014 in den Umfragen des Lewada-Zentrums)



Quelle: Nach den Angaben auf der Website des WZIOM, <www.wcio.ru> bzw. <www.levada.ru>. Entnommen aus: *Der Zustand des Systems Putin 3.0*, Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 18.7.2014 (Russland-Analysen Nr. 281), S. 10 (Grafik 1); Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Seit 2008 schwand das Vertrauen in »die Macht« (jenes Synonym für den tiefen Staat) kontinuierlich. Anfang 2008 war Putins Popularität auf dem Höhepunkt und blieb das Jahr über auf hohem Niveau. Die Wirtschaftskrise hatte noch nicht begonnen, und der von Juli bis August geführte Krieg in Georgien sorgte für einen patriotischen Aufschwung.

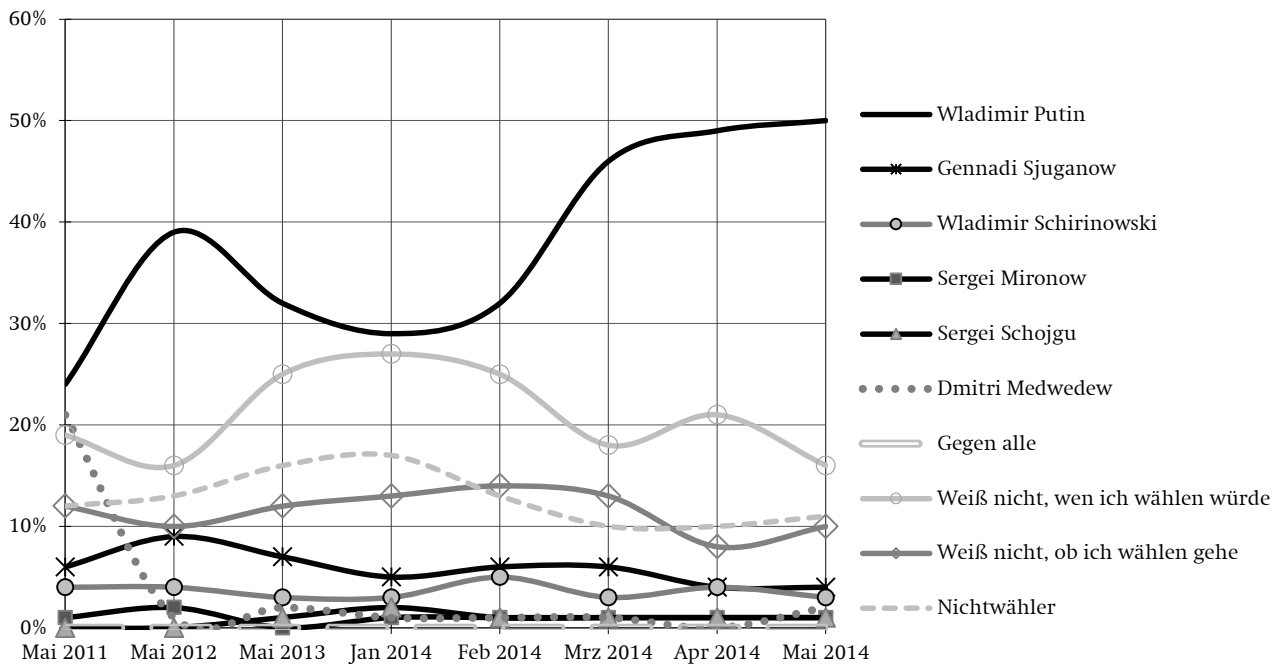
Danach wurde die Unzufriedenheit allerdings wieder größer. Sie betraf unfaire Wahlen, politische Abhängigkeit der Gerichte, Korruption und wirtschaftliche Stagnation. Der wahre Zustand des Staates war angesichts der nur mühsam beherrschbaren Massendemonstrationen in Moskau nicht mehr zu verbergen.

Die pompöse Inszenierung der Winterolympiade in Sotschi 2014 konnte den Abwärtstrend der Zustimmung nicht stoppen, wohl aber die Annexion der Krim und das Projekt »Neu-Russland«. Beachten Sie die Kurven für Putin und Verteidigungsminister Schoigu im Vergleich zu Medwedew, aber auch mit dem Anteil derjenigen, die keinem Politiker vertrauen. Die Anzeichen von Unzufriedenheit gerieten jedenfalls schnell in Vergessenheit: Im Juli 2014 lag die Bereitschaft der Wähler, Putin am nächsten Sonntag zu wählen, schon wieder bei über 50 Prozent:

Grafik 3

Die innenpolitische Entwicklung in Umfragen (Mai 2011 bis Mai 2014)

Wenn am kommenden Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, würden Sie an diesen teilnehmen und, wenn ja, für welchen Politiker würden Sie stimmen?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23. bis 26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 11. Juni 2014 unter: <www.levada.ru/print/11-06-2014/vozmozhnye-rezultaty-prezidentskikh-i-parlamentskikh-vyborov>. Entnommen aus: *Der Zustand des Systems Putin 3.0*, Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 18.7.2014 (Russland-Analysen Nr. 281), S. 11 (Grafik 3). Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Beachten Sie den Abstand zwischen den Werten für Putin einerseits, den Feldherrn und Herausforderer des Westens, und dem Rest der Irrelevanten unter 5 Prozent andererseits. Dazu kommen Unentschlossene und Nichtwähler (zusammen auch 27 Prozent)! Aber wie lange hält dieser Erfolg? Bête noire der europäischen Politik zu sein, ist das möglicherweise doch nur ein kurzlebiger Wahlschlager?

Das Geheimnis des Putinismus heißt Propaganda, Spin auf hohem professionellem Niveau. Dafür werden auch Spezialisten aus dem Westen wie Ketchum Inc. als teure Hilfstruppen mit ihren »innovativen Kommunikationslösungen« angeworben. Auch sie sichern so das Funktionieren der elektoralen Autokratie. Non olet ... Abgesehen von Krim und Ukraine – welche Themen geben in der gemessenen öffentlichen Meinung den Ausschlag? Was bewegt das Volk und womit kann es bewegt werden?

Ein zentrales Trauma bleibt die Erinnerung an den Zusammenbruch der Sowjetunion. Es erzeugt immer noch Nachbeben im kollektiven Bewusstsein des russischen Volkes – vergleichbar mit der Weltwirtschaftskrise in der Weimarer Republik.

Bild 1
Die Nationale Idee



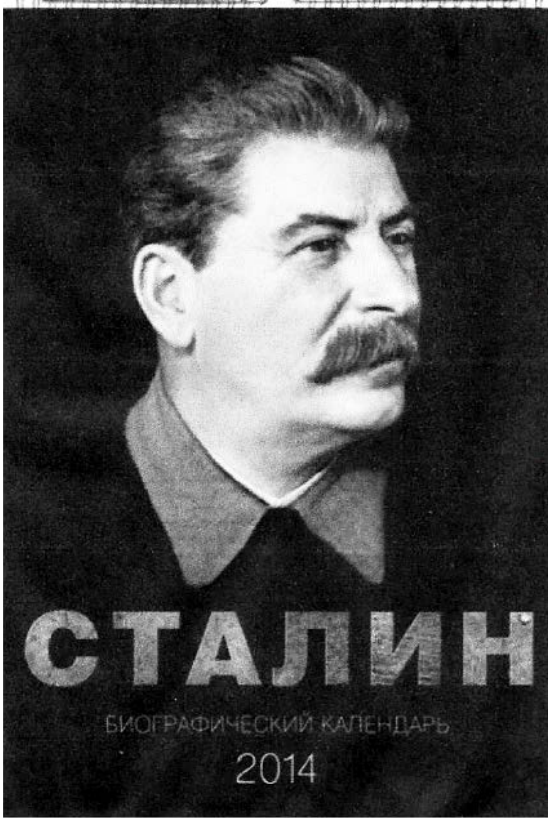
»Mach, wie du willst... Aber ich kann nicht mehr ohne eine Nationale Idee!« –
Karikaturist: N. Kintscharowa (Wolgograd), 1993

Bild 2
Kundgebung («Wir glauben Putin!»)



Bild 3

»Stalin. Biografischer Kalender«



Dieser Kalender wird offiziell vertrieben, auch von der orthodoxen Kirche

Die Suche nach der neuen Identität geht weiter. Putin begriff dieses Vakuum als Chance im Sinne eines spätsowjetischen Identifikationsmusters: »Partei und Volk sind eins«. Der Begriff der Einheit, die Beschwörung der »Größe«, ja der »Heiligkeit« Russlands sind zentrale Termini einer Polit-Sprache, die in Deutschland einmal völkisch hieß.

Spätestens seit dem Jahr 2008 ist eine beschleunigte Reideologisierung der russischen Politik zu beobachten. Unter der Überschrift eines »spezifisch russischen Konservatismus« werden radikal-nationalistische und revisionistische Strömungen toleriert, für die sich zunehmend auch die offi-

ziellen Medien öffnen. Die Geschichtsbücher sind im Sinne einer zwingenden Kontinuität autokratischer Herrschaft von Peter dem Großen über Stalin bis zu Putin bereits umgeschrieben.

Die Prediger des revisionistischen Weltbilds, vor allem Alexander Dugin und Alexander Prochanow, klagen den Westen an, Russland fremde Werte aufzuzwingen, um die Weltherrschaft zu erringen. Dem wird die Forderung einer Politik der »Einheit« von Führung und Geführten, der aktiven Verteidigung traditioneller Werte, der Umorientierung der Wirtschaft in Richtung Autarkie, der engeren Kooperation mit China und nicht zuletzt der konsequenten Militarisierung der Wirtschaft gegenübergestellt.

Eine unfreiwillige Karikatur lieferte der Geschichtsphilosoph Prochanow mit seiner Vision von einer »Modernisierung Russlands durch den Bau von Klöstern und riesigen Verteidigungskomplexen«. Alexander Dugin, der Prophet des Eurasismus unter russischer Führung, fordert nicht weniger, als »Europa zu erobern, einzugliedern und anzuschließen«.

Dies ist wohlgermerkt nicht offizielle Staatsdoktrin, aber es wird in den Medien, die sonst sehr misstrauisch auf ideologische Konterbande wie »Demokratie« durchleuchtet werden, zusehends geduldet. Kritik oder Zurechtweisung der Agitatoren und ihres wachsenden Anhangs lässt

Bild 4

Putin mit Heiligenschein und Zigarre



schon lange auf sich warten. Das heißt: Die Gefahr der Verselbständigung dieser Vorstellungen ist groß, auch und gerade im Falle einer weiteren Zuspitzung der Krise um »Neu-Russland«.

Die Rückkopplungen in der Innenpolitik liegen auf der Hand. Und um es deutlich auszusprechen: Ein Umkippen des politischen Systems in Richtung des offenen Faschismus kann heute nicht mehr ausgeschlossen werden. Die in der europäischen Geschichte getesteten Bauelemente stehen bereit:

- ▶ Die Einheitspartei ist durch die absolute Mehrheit in der Duma bereits abgesichert, kleine Parteien sind nicht viel mehr als ein Ornament des simulierten Parlamentarismus.
- ▶ Die traumatische Erfahrung nationaler Kränkung und ein seit Jahrzehnten gepflegtes Einkreisungssyndrom dominieren das Geschichtsbild.
- ▶ Ein in der russischen Tradition autokratischer Herrschaft begründeter Herrscher- und Führerkult wird in Slogans sichtbar wie »Putin, wir vertrauen Dir!« (vgl. Bild 2, S. 12).
- ▶ Die konsequente Militarisierung der Gesellschaft unter anderem durch frühmilitärische Erziehung sorgt für weltanschauliche Zuverlässigkeit. Die Mission des Schutzes ethnisch-russischer

und russisch-sprachiger Minderheiten, vermengt mit panslawistischen Visionen bis hin zur Suche nach »dem russischen Gen« (Putins Auftrag an die Mikrobiologen der Akademie der Wissenschaften), aggressiver Exzeptionalismus im Namen einer anti-westlichen »traditionellen Zivilisation« und – last, but not at all least:

- ▶ Der Topos der einzigartigen, weil bedingungslosen Opferbereitschaft des russischen Volkes.

Sie alle haben ihre Wurzeln im ethno-religiösen Ritus der russisch-orthodoxen Kirche. Ein machtbewusster Klerus, der seinerseits die manipulative Wirkung des traditionellen Zarenkults versteht, verstärkt den Trend mit patriotischer Lyrik und symbolischen Handlungen. (Handkuss, »Putin, Du bist von Gott gesandt«.)

Welche Rolle spielt in dieser Entwicklung überhaupt noch die Außenwelt?

Die USA sind der große Satan – vor allem als Designer der Strategie militärischer Einkreisung und kultureller Unterwanderung mit dem Ziel der Weltherrschaft. »Der Westen« und die »westlichen Werte« sind in dieser Perspektive wenig mehr als eine Tarnbezeichnung.

Nicht nur in der Diskussion über die völkerrechtswidrige Annexion der Krim bewährt sich der Hinweis der russischen Propaganda auf die amerikanische Aggression gegen den Irak. Ich bekenne freimütig: Da fehlen auch mir die Gegenargumente. Spätestens mit diesem Akt haben die USA – aber auch der mit der Koalition der Willigen verwechelte »Westen« – entscheidend an moralischer Glaubwürdigkeit und politischer Substanz verloren.

Ich wage es, einen Schritt weiter zu gehen mit der These, dass sich die Neokonservativen der USA und Russlands als wechselseitige Verstärker einer imperialen Weltansicht brauchen. Sogar die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton ist überzeugt: »The United States can, must and will lead in this new century«. Die russischen Konservativen sind begeistert ...

Moskau sieht sich bestätigt als prädestinierter Führer einer weltweiten Allianz autoritärer Staaten; der Sitz im Sicherheitsrat macht's möglich. In diesem Verbund können wirtschaftspolitische Koalitionen wie die BRIC geschmiedet, vor allem aber auch Waffen verkauft werden. Nichts spricht gegen eine Fortsetzung des geopolitischen Imponiergehabs und der Landnahme im sogenannten »Nahen Ausland«.

Wäre da nicht Europa!

Europa erweist sich für die russischen Eliten als höchst unbequeme Herausforderung, als ideologisch-normatives Gegenmodell. Allen Skeptikern zum Trotz ist das Ringen um die Realisierung einer Integration von Demokratien in Europa ein weltwirtschaftlich und weltpolitisch hochrelevanter alternativer Prozess, alternativ auch zum System der USA.

Putins Verdikt ist hier eindeutig: »Russland ist nicht Europa«. Auf der propagandistischen Ebene jedenfalls werden die Ideologen der Wiedergeburt Russlands nicht müde, die kulturelle und säkulare Dekadenz der Europäer zu kritisieren. In der Perspektive offizieller Kommentatoren in Moskau ist Europa wenig mehr als ein geopolitisch schwächliches Konglomerat von Staaten, die sich gegenseitig mit Souveränitätsvorbehalten das Leben schwermachen und im Rahmen der Nato als Erfüllungsgehilfen für amerikanische Geostrategien zur Verfügung stehen. (Damit entspricht die Einschätzung der EU im offiziellen Moskau übrigens ziemlich genau der von Ms Nuland.)

Die Irrelevanz der EU in Moskauer Sicht ergibt sich auch aus dem Erfolg eigener Diversionsstrategien: Tatsächlich gelingt es der russischen Politik immer wieder, die nationalen Sonderinteressen der EU-Mitgliedstaaten mit bilateralen Kampagnen zu manipulieren. Im speziellen Fall Deutschlands hilft zudem der Appell an sentimentale Kultureliten, die das heutige Russland mit demjenigen Tschechows und Rachmaninows verwechseln. Zur moralischen Einschüchterung genügt der Vorwurf einer atlantizistischen Verblendung im Verhältnis zu Russland: Putin-Bashing der Europäer ist durch eigene PR leicht zu neutralisieren. Und dann gibt es gegenüber Deutschland immer noch ein sehr spezifisches Totschlagargument: Die Erinnerung an die Gräueltaten der deutschen Besatzer in der Sowjetunion.

Warum also sollte Moskau Rücksicht auf dieses Europa nehmen?

Antwort: Weil die europäische Idee eben doch eine große Faszination auf jene Mitglieder des neuen Mittelstandes und die städtische Intelligenz in Russland ausübt, die Europas politische und gesellschaftliche Realität selbst erlebt haben. Dabei geht es nicht nur um Immobilien an der Côte d'Azur, sondern um die Erfahrung von Rechtsstaatlichkeit in Aktion und um ein besseres Bildungsangebot für die Kinder.

Realpolitisch gesehen ist Brüssel eben doch ernst zu nehmen wegen jener Vertragswerke und Institutionen, denen Russland beigetreten ist und die es nicht ohne erheblichen Prestigeverlust verlassen kann, auch wenn es das erkennbar gerne möchte:

- ▶ die Pariser Charta,
- ▶ der Europarat,
- ▶ der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, in dem die Russische Föderation sogar ständig mit einem Richter in der Verantwortung steht,
- ▶ die OSZE als Garant friedlicher Konfliktregelung

Last but not least:

Es gibt ein weltwirtschaftlich erhebliches technisch-wissenschaftliches und wirtschaftliches Innovationspotential in Europa, auf dessen Produkte kein Land ohne Not verzichten kann. Auch nicht Putins Russland.

Mit harter Arbeit und einem hohen Maß an Kompromissbereitschaft schafften es die Vertreter von Politik, Wirtschaft und – nicht zu vergessen – der engagierten Öffentlichkeit Europas bis zum Herbst 2013, eine zunehmend prekäre Normalität in den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten. Nicht zuletzt zum Nutzen Russlands.

Und dennoch testete Putin auf der Krim und in der Ost-Ukraine die neue »nicht-lineare Strategie« seines Generalstabs, ein Handbuch moderner Kriegsführung, in der Desinformation und Subversion eine ganz zentrale Rolle spielen. Tatsächlich sicherte der Überraschungseffekt den »grünen Männern« unidentifizierbarer »Sicherheitsdienste« und den Planern politischer Subversion einen durchschlagenden Erfolg. Dass diese Helden wenig später vom russischen Präsidenten ausgezeichnet wurden, wirkte als besonders zynische Demonstration der Verachtung für dieses Europa.

Die Folgekosten für Russland sind dramatisch: Das mühsam aufgebaute Minimal-Vertrauen im europäisch-russischen Verhältnis ist auf absehbare Zeit zerstört. Dies wiegt schwerer und langfristiger als die Sanktionen des Westens. Denn welche westlichen Unternehmen, vor allem welches der ungeheuer wichtigen kleinen und mittleren Unternehmen rechnet heute noch mit langfristiger Stabilität und rechtlicher Absicherung seiner Investitionen?

Die Regierungen Polens, der baltischen Staaten, Moldawiens und vor allem der Ukraine sind tief verunsichert und rufen nach der Nato. Aber

muss es immer gleich die Nato sein, wie jetzt bei den Manövern in der Ukraine? Ist dieser bedingte Reflex nicht sogar kontraproduktiv im Blick auf das im Neokonservatismus eingefrorene Weltbild der russischen Bevölkerung? Ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU nur ein Papiertiger? Eine Verstärkung der Verteidigungskräfte der von russischer Aggression bedrohten Staaten ist zweifellos notwendig, Appeasement wäre nur eine Einladung an Putin zu weiteren Abenteuern.

Es kommt jetzt darauf an, nicht die Nerven zu verlieren und die Balance zwischen sicherheitspolitischer – und das heißt nicht nur militärischer – Abschreckung einerseits und der konsequenten Ermutigung realistischer Kräfte in Russland andererseits zu finden.

Sie werden fragen: Leicht gesagt, aber was heißt hier »realistische Kräfte«?

- ▶ Realisten, das sind Insider in Moskau, die das Ausmaß der politischen und ökonomischen Selbstüberschätzung des Kreml beurteilen können und die sowohl die direkten wie auch die Opportunitätskosten der Verschlechterung in den wirtschaftlichen Beziehungen überblicken. Der ehemalige russische Finanzminister Alexei Kudrin ist hier nicht alleine, wenn er den Kreml öffentlich vor der Selbstisolation warnt. Dass er bis heute nicht des Extremismus oder irgendwelcher fiktiver Vergehen angeklagt ist, kann immerhin als ermutigendes Zeichen dafür gewertet werden, dass Moskaus Establishment nicht nur aus Claqueuren besteht.
- ▶ Realisten, das sind ökonomische Eliten, die nicht nur auf ihren Platz auf der Forbes-List fixiert sind, sondern die in Kategorien des Vergleichs der Leistungsfähigkeit politischer und wirtschaftlicher Systeme denken. Viele Wirtschaftsvertreter (abgesehen von Rosoboronexport) verweisen auf die Gefahren des Verharrens im Petrostaat, auf die negative Bilanz Russlands im Export forschungsintensiver Industrieerzeugnisse und auf den anhaltenden Braindrain hochqualifizierter Wissenschaftler. Großmacht geht im 21. Jahrhundert eigentlich anders!
- ▶ Realisten, das sind Intellektuelle, die an die Überlegenheit des Modells der »offenen Gesellschaft« glauben und die geistige Enge des neokonservativen Weltbilds in Russland seit jeher ablehnen (früher auch Dissidenten genannt). Sie sind international vernetzt und nicht so leicht hinters Licht zu führen.
- ▶ Realistische Kräfte, das sind nicht zuletzt diejenigen, die den Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums und die alltägliche Korruption am eigenen Leib spüren und in relativ kurzer Zeit nicht nur die Folgen der westlichen Sanktionen, sondern auch die Lasten der Subventionierung der Krim (oder gar von Teilen »Neu-Russlands«) zu tragen haben werden, kurz: das Volk. Es ist sehr fraglich, ob es sich auf Dauer mit dem Hinweis auf »den Westen« als den an allem Schuldigen abspeisen lässt. Das russische Volk braucht keine ausländische Konspiration, um einfache Fragen zu stellen.

Zusammengenommen sind das nicht wenige, und es sind eben nicht nur die Großstädter und die Intellektuellen. Die Zustimmung zur Außenpolitik Putins ist sicher nicht in akuter Gefahr, aber sie ist auch nicht garantiert.

Was bedeutet dies für die Politik der Europäer – wer immer das ist?

Zunächst kommt es darauf an, die schwer angeschlagene Ukraine zu stabilisieren und dabei auf der Konditionalität rechtsstaatlicher Verhältnisse zu bestehen. »Instant membership« in der EU, wie von Barroso gefordert, wäre ein großer Fehler. Nato-Mitgliedschaft à la McCain würde nur die übelsten Verdächtigungen der Moskauer Kriegspropaganda bestätigen und in Moskau zum Lockern der Aggressionsbremse animieren. Die Krim ist verloren, da helfen keine völkerrechtlichen Vorbehalte und Proteste. Eine dauerhafte Landnahme Russlands in »Novo-Rossija« oder gar darüber hinaus wäre indes inakzeptabel. Hier wird hoffentlich jene Kombination von Hilfe für den »failing state« Ukraine einerseits, Sanktionen und positiven Anreizen für Russland andererseits helfen, wie sie jetzt in Gang gesetzt wurden.

Meine Hoffnung geht dahin, dass das europäische Projekt mit der Herausforderung einer gemeinsamen militärischen und energiepolitischen Bedrohung durch Russland neuen Schub bekommt. Dazu gehört mit an erster Stelle eine verbesserte europäische Verteidigungsfähigkeit – wohl-gemerkt ohne sicherheitspolitische Fernsteuerung aus den USA, wo das geopolitische Denken in den Kategorien von politischer Hegemonie und militärischer Eskalationsdominanz zweifellos neuen Auftrieb erhalten wird. Die aktuelle Krise ist eine große Chance, lächerliche Souveränitätsvorbehalte über Bord zu werfen und auch mit multinationalen Truppenkontingenten der EU in den bedrohten Mitgliedstaaten Präsenz zu zeigen. Außerdem ist der konsequente Einstieg in eine europaweite Arbeitsteilung der Rüstungsindustrien überfällig, zumal damit auch Steuergelder gespart werden können.

Mindestens so wichtig ist es andererseits, mehr Konsequenz im Umgang mit nationalistischen und neofaschistischen Tendenzen, Bewegungen und Parteien innerhalb der EU zu zeigen. Putins Eurasismus mit seinen Vorstellungen von »law and order«, nationaler Größe und Staatlichkeit findet Anhänger nicht nur in allen osteuropäischen Staaten, sondern auch in der EU.

So gehört zu Viktor Orbáns Modellstaaten für Ungarn neben Singapur, China und der Türkei natürlich auch Russland. Seine Rhetorik von einem »ungarischen Raum, in dem alle ethnischen Ungarn vereint werden sollen« ist unverantwortlich bis wahnhaft. Er hält sich mit Zensur und strafrechtlicher Verfolgung jeder oppositionellen Regung an der Macht – ohne dass in Brüssel über mögliche Konsequenzen auch nur diskutiert würde.

Inzwischen ist ein EU-kritisches bis -feindliches Netzwerk prorussischer Parteien und Bewegungen entstanden, das von Moskau mit Rat und Tat unterstützt wird. Besondere Aufmerksamkeit verdienen sogenannte NGOs in Transnistrien, Süd-Ossetien, Estland und Litauen, den besonders gefährdeten Staaten an der Peripherie. Denn Putin spinnt unübersehbare Fäden

zu Populisten, Nationalisten und rechten Extremisten in allen Mitgliedsländern der EU – in Deutschland zu AfD, NPD und zum rechten Rand der CSU. Die Zielgruppen auf dem Balkan, in Ungarn, Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und in den skandinavischen Staaten sind ideologisch auf dem gleichen Trip. Wer genau hinsieht, muss sich Sorgen machen um Europas normative Verankerung in den Werten der Europäischen Charta. Diese von russischen Agitprop-Spezialisten unterstützte »Nationalistische Internationale« kann sich durchaus zu einem Vehikel russischer Wunschträume von einem nicht-demokratischen Europa entwickeln. Hier ist erhöhte Wachsamkeit angesagt.

Heißt das, dass wir Russland als Partner abschreiben müssen? Ganz im Gegenteil! Nicht umsonst reagiert das Regime im Kreml mittlerweile sogar auf Kritiker ohne Hausmacht wie den Blogger Nawalni, der es wagte, die Abgeordneten der Staatspartei »Russische Einheit« als Räuber und Diebe zu bezeichnen. Das Establishment im System Putin hat Angst vor spontanen Willensäußerungen des Volkes, die eben mehr sind als das Werk finsterner Machenschaften des Auslands. Moskau kann auf Dauer nicht umhin, eine öffentliche Diskussion der endemischen Probleme in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zuzulassen, und zwar nach dem europäischen Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Das heutige Russland ist nicht das Werk eines Titanen der Weltgeschichte, sondern das eines prekären Systems, dessen Führung sich unter dem Druck wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Spannungen in Allmachtsphantasien und imperiale Experimente flüchtet. Putinismus ist wenig mehr als ein Betäubungsmittel, militärische Infiltration von Nachbarstaaten nur die Endstufe einer erfolgreich getesteten Strategie Moskaus.

In Europa hat die Arbeit am politischen Containment gegen die Folgen einer russischen Kernschmelze in den offenen Faschismus mit ihrem hochgradig verstrahlten Fall-out noch nicht einmal begonnen. Für eine Immunisierung der vom Scheitern bedrohten Staaten reicht die formale Assoziation mit der EU bei weitem nicht aus. Sie ist kein Fehler, aber ohne einen neuen Anlauf, ohne erheblichen wirtschaftlichen und politischen Einsatz werden wir die Gefahr für das europäische Projekt nicht abwenden.

Es wird Sie überraschen – ich halte entgegen dem aktuellen EU-Defätismus fest am Prinzip Hoffnung.

Alle Rechte vorbehalten.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, Berlin, 2015

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org